

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Dr. Valerie Wilms, Dr. Anton Hofreiter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/12194 –

Hinterlandanbindung der ZARA-Häfen verbessern

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, alle geplanten und im Bau befindlichen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Westen Deutschlands auf ihre Wirksamkeit für den Gütertransport Richtung Süden und Osten zu überprüfen und hierbei insbesondere den ansteigenden Bedarf an Gütertransporten von und zu den ZARA-Seehäfen zu berücksichtigen sowie daraus eine Bedarfsermittlung der Infrastrukturausbauten und ggf. Neubauten in Westdeutschland und entlang der Rheinschiene zu erstellen; bei allen Ausbauprojekten zu überprüfen, inwieweit in Abstimmung mit notwendigen Erhaltungsmaßnahmen Kosten reduziert werden können; die derzeit laufende Erarbeitung eines neuen Bundesverkehrswegeplans zur Aufstellung eines Gesamtverkehrskonzeptes zu nutzen, um dabei jede Anmeldung eines Verkehrsprojektes auf die Wirkung im Gesamtnetz zu überprüfen und dem Erhalt sowie der Beseitigung von Engpässen Vorrang vor Neubaumaßnahmen einzuräumen; in die Betrachtung der Engpässe bei der Hinterlandanbindung der Seehäfen in den Beneluxstaaten insbesondere auch die Kapazitätsprobleme der Knoten auf den weiteren Strecken der Güter durch Deutschland zu berücksichtigen, statt singularer einzelne Trassenabschnitte zu betrachten und insbesondere nach näherer Maßgabe des Antrags Maßnahmen zu berücksichtigen, die vorrangig Ausbaumöglichkeiten vorhandener Infrastrukturen nutzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/12194 abzulehnen.

Berlin, den 17. April 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter
Vorsitzender

Hans-Werner Kammer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Hans-Werner Kammer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/12194** in seiner 222. Sitzung am 21. Februar 2013 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, alle geplanten und im Bau befindlichen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Westen Deutschlands auf ihre Wirksamkeit für den Gütertransport Richtung Süden und Osten zu überprüfen und hierbei insbesondere den ansteigenden Bedarf an Gütertransporten von und zu den ZARA-Seehäfen zu berücksichtigen sowie daraus eine Bedarfsermittlung der Infrastrukturausbauten und ggf. Neubauten in Westdeutschland und entlang der Rheinschiene zu erstellen; bei allen Ausbauprojekten zu überprüfen, inwieweit in Abstimmung mit notwendigen Erhaltungsmaßnahmen Kosten reduziert werden können; die derzeit laufende Erarbeitung eines neuen Bundesverkehrswegeplans zur Aufstellung eines Gesamtverkehrskonzeptes zu nutzen, um dabei jede Anmeldung eines Verkehrsprojektes auf die Wirkung im Gesamtnetz zu überprüfen und dem Erhalt sowie der Beseitigung von Engpässen Vorrang vor Neubaumaßnahmen einzuräumen; in die Betrachtung der Engpässe bei der Hinterlandanbindung der Seehäfen in den Beneluxstaaten insbesondere auch die Kapazitätsprobleme der Knoten auf den weiteren Strecken der Güter durch Deutschland zu berücksichtigen, statt singulär einzelne Trassenabschnitte zu betrachten und insbesondere nach näherer Maßgabe des Antrags Maßnahmen zu berücksichtigen, die vorrangig Ausbaumöglichkeiten vorhandener Infrastrukturen nutzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/12194 in seiner 99. Sitzung am 20. März 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 118. Sitzung am 20. März 2013 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/12194 in seiner 97. Sitzung am 20. März 2013 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, der Antrag zeuge nicht von einer konsistenten Verkehrspolitik. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe erst vor kurzem eine bessere Anbindung der deutschen Seehäfen gefordert und setze sich nun für eine noch stärkere Belastung des bereits stark belasteten deutschen Netzes durch Transitverkehre ein, worunter auch die deutschen Häfen leiden würden. Der Antrag beinhalte zwar auch zu begrüßende Forderungen, aber dabei gehe es lediglich um Selbstverständlichkeiten, welche bereits im Grundkonzept für die Bundesverkehrswegeplanung berücksichtigt seien.

Die **Fraktion der SPD** bekundete, dass gerade die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag eingebracht habe, der auf einen Ausbau der Infrastruktur ziele, begrüße sie. Zu kritisieren sei, dass sich der Antrag zwar einerseits für eine Netzbetrachtung ausspreche, sich dann aber doch schon auf konkrete Trassen festlege. Zudem sei der Antrag zu sehr auf den Schienenverkehr fixiert und ignoriere die hier gegebenen Möglichkeiten der Binnenschifffahrt. Da sich der Antrag für einen Ausbau der Infrastruktur und Verbesserungen beim Lärmschutz ausspreche, werde man ihm aber zustimmen.

Die **Fraktion der FDP** schloss sich der Kritik der Fraktion der SPD an, dass in dem Antrag die Möglichkeiten der Binnenschifffahrt ignoriert würden. Sie konstatierte, dass es im Bereich der Schiene in der Tat Engpässe gebe. Sie betonte den hohen Stellenwert, den der Schutz der Bevölkerung vor Schienenlärm in der Koalition habe, weshalb man hier mehr Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt und den Schienenbonus abgeschafft habe. Zum Inhalt des Antrags verwies sie im Übrigen auf die Ausführungen der Fraktion der CDU/CSU.

Die **Fraktion DIE LINKE.** kritisierte ebenfalls eine Fixierung des Antrags auf den Verkehrsträger Schiene. Sie sprach sich dagegen aus, durch bevorzugte Anbindungen Konkurrenzbeziehungen zwischen Häfen zu verändern. Man müsse vielmehr eine Kooperation der Häfen anstelle einer Verstärkung des Kampfs um Marktanteile anstreben. Zudem dürfe man bei der Betrachtung den Blick nicht auf die ZARA-Häfen verengen, sondern müsse alle Nordseehäfen einbeziehen und das Verkehrsnetz insgesamt betrachten. Die in dem Antrag geforderte Verbesserung beim Schallschutz unterstütze sie.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, die Frage der Hafenhinterlandanbindung werde zu Unrecht nur im Hinblick auf die Nord-Süd-Achse gesehen. Die tatsächlichen Güterströme liefen aber stärker in Ost-West-Richtung. Auf der EU-Ebene werde dies durch die Schienengüterverkehrskorridore 1 und 8 repräsentiert, welche in der Ost-West-Achse verliefen und durch massive Nadelöhre belastet seien. Die Beseitigung der Nadelöhre erfordere dringend einen Ausbau. Es gehe hier nicht um Neubaustrecken, sondern um die Ertüchtigung vorhandener Strecken.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der
Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf
Drucksache 17/12194.

Berlin, den 17. April 2013

Hans-Werner Kammer
Berichtersteller